

NIEDERSCHRIFT
über die
öffentliche Sitzung des
Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses
vom Donnerstag, den 30. April 2009

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Frau Pfleger

Anwesend waren stellv. Bürgermeister Riedl, die Stadträtinnen Anhalt (für Stadträtin Gruber), Bachmeier, Rauscher (bis 21.05 Uhr), Platzer (ab 21.05 Uhr), Warg-Portenlänger und Will, sowie die Stadträte Brilmayer F., Schedo und Zwingler.

Entschuldigt fehlten stellv. Bürgermeister Ried und Stadträtin Gruber.

Frau Pfleger und Herr Hölzer nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.

TOP 1

Einrichtung einer Kinderkrippe Übergangslösung

öffentlich

In seiner Sitzung vom 03.02.09 war sich der Sozialausschuss einig, die neue Krippe im Gesundheitsamt unterzubringen und die Planungsarbeiten hierzu voranzutreiben. Die Verwaltung wurde beauftragt, alternativ zur Sanierung auch die Kosten für einen Neubau des Röntgenanbaus zu prüfen. Bezüglich des zeitlichen Ablaufes ging man dabei von einer Inbetriebnahme der Krippe im Herbst 2009 aus.

Die weiteren Planungsarbeiten zeigten, dass der Umbau bzw. die Sanierung im Gesundheitsamt gleichzeitig für den Krippenbereich und die Restflächen erfolgen sollte, um eine Erhöhung der Kosten und Schwierigkeiten in der Bauausführung zu vermeiden. Eine Gesamtanierung könnte allerdings frühestens im Frühsommer 2010 fertig gestellt sein. In einer Besprechung am 25.02.09 sprachen sich alle Mitglieder des Sozialausschusses für die Schaffung einer Krippen-Übergangslösung ab Sept. 2009 aus, um den Zeitdruck für die Planungs- und Umbaumaßnahmen abzuschwächen.

Folgende Alternativen für eine übergangsweise Unterbringung der Krippe wurden geprüft:

- ✚ Anmietung von Räumen im Gebäude der Kreissparkasse in der Altstadtpassage
 - Miete ca. 30 - 35.000,00 € /Jahr;
 - Umbaumaßnahmen nötig (Genehmigung des Vermieters?);
 - zusätzliche Fluchtwege nötig
 - Flexibilität der Mietdauer fraglich
- ✚ leerstehendes Haus im Böswirth-Grundstück
 - Fläche im EG für max. 10 Kinder;
 - umfangreiche Renovierungsarbeiten nötig;
 - Schimmel in den Wänden
 - Zufahrt und Stellplätze anlegen;

- ✚ Feuerwehrhaus Eberhardstr.
 - Räume ausreichend,
 - Umbau nachhaltig, da den Wünschen FFW entsprechend und später so nutzbar
 - Kindertagesstättenaufsicht einverstanden,
 - Feuerwehrmitglieder und Hausbewohner positiv;
 - Nutzung nicht streng befristet
 - umfangreiche Brandschutzmaßnahmen, 2. Fluchtweg
 - Kostenschätzung ca. 72.000,00 €
- ✚ Aufstellen von Pavillons
 - auf Böswirth-Grundstück
 - Mietkostenangebot: ca. 88.000,00 € für 1 Jahr, ca. 146.000,00 € für 2 Jahre
 - Zufahrt und Stellplätze anlegen;
 - Kanal- und Wasseranschluss herstellen
- ✚ UG Schule Floßmannstraße
 - 2 Klassenzimmer incl. Garderobenräume
 - zunächst verworfen, da Ausweichräume für Schulumbau Baldestr. freigehalten werden sollten
 - nach neuer Planung der Sanierung Klassenverlagerungen jedoch frühestens im Juli 2010 bis max. Ende Sept.; 3 Ausweichräume bleiben trotz Krippennutzung verfügbar; im Juli sind die 4 Abschlussklassen nicht mehr im Schulhaus; im neuen Schuljahr müssten u. U. für einige Wochen einzelne Ausweichräume gefunden werden.
 - Schulleitung einverstanden
 - Kindertagesstättenaufsicht einverstanden
 - Brandschutz voraussichtlich durch Einbau von Türen darstellbar
 - Sanitäranlagenumbau möglich, keine gemeinsame Nutzung mit Schule
 - Einbau einer Teeküche
 - Kostenschätzung: ca. 43.000,00 €

Von der Verwaltung wurde vorgeschlagen, die neue Kinderkrippe übergangsweise zunächst im Untergeschoß der Schule an der Floßmannstraße einzurichten.

Nach kurzer Diskussion schloss sich der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen diesem Vorschlag an.

TOP 2

Kinderbetreuungseinrichtungen Finanzierungsanteil der Stadt und Beitragsgestaltung

öffentlich

Der Finanzierungsanteil der Stadt für die Kinderbetreuungseinrichtungen teilt sich in einen gesetzlichen Förderbetrag nach dem BayKiBiG und einen freiwilligen Anteil (Defizitübernahme, Gebäudeunterhalt, etc.). Im Betreuungsjahr 2007/2008 hat die Stadt über die gesetzlichen Fördermittel hinaus ca. 10.000,00 € aufgewandt; darin sind allerdings neben den Defizitbeträgen nur die markanten Erhaltungsaufwendungen für die Gebäude, nicht aber die tatsächlichen Kosten (Erwerb, Abschreibung etc.) und auch keine Verwaltungskosten enthalten.

Die Elternbeiträge werden entsprechend den Betreiberverträgen mit den Einrichtungsträgern jeweils im Einvernehmen mit der Stadt und für alle Einrichtungsarten gleichmäßig festgelegt; die Stadt hat kein alleiniges Festlegungsrecht. Jede Beitragsminderung führt jedoch zu einer Erhöhung des freiwilligen städtischen Finanzierungsanteils.

Die Erhebung und Einziehung der Beiträge obliegt den Trägern. Eine soziale Staffelung der Beiträge erfordert eine Einstufung der Leistungsfähigkeit der Eltern anhand von einschlägigen Nachweisen; dies bedingt einen hohen Verwaltungs- und Prüfungsaufwand, den die Träger leisten müssten.

Bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze erhalten Eltern auf Antrag eine Unterstützung durch die Jugendhilfe im Landratsamt, wenn sie die Beiträge nicht aufbringen können. Für Eltern, die diese Einkommensgrenzen nur knapp überschreiten, wäre eine städtischer Kinderbetreuungssozialfonds vorstellbar, aus dem Zuschüsse gewährt werden könnten. Die Prüfung der Leistungsfähigkeit der Eltern

würde sich dann auf wenige Fälle beschränken und könnte durch die Stadt vorgenommen werden. Daneben könnte über eine gleichmäßige Senkung oder ein mittelfristiges Einfrieren der Elternbeiträge nachgedacht werden. Zu bedenken ist dabei, dass die gesetzlichen Fördermittel der Stadt bereits für das laufende Betreuungsjahr steigen werden, da die Basisbeträge für die Berechnung der Pro Kopf-Förderung im vergangenen Jahr deutlich erhöht wurden.

Der Sozialausschuss war sich einig, dass anhand des dargestellten, allgemeinen Zahlenmaterials keine konkrete Veränderung der Beitragssituation vorgenommen werden könne. Da momentan kein unmittelbarer Handlungsbedarf gegeben sei, soll durch die Verwaltung in den nächsten Monaten alternative Beitragsmodelle für die verschiedenen Betreuungsarten entwickelt werden und der jeweilige finanzielle Mehraufwand für die Stadt abgebildet werden.

TOP 3

Errichtung eines Waldkindergartens

Bericht

öffentlich

Die Vorbereitungen der Elterninitiative zur Einrichtung des Waldkindergartens sind in vollem Gange und werden von der Stadtverwaltung intensiv unterstützt.

Bei einem Ortstermin wurden im Waldgebiet nördlich des Aussichtsturmes mögliche Standorte für die Einrichtung – vorrangig auf städtischem Grund – gesucht. Im April wurde eine Informationsveranstaltung für interessierte Eltern mit einem Vertreter des Landesverbandes Wald- und Naturkindergärten e.V. und einer Vertreterin des Vereins Wurzelkinder e. V. aus Poing angeboten, die rege Nachfrage fand.

Nach einem „Tag der offenen Tür“ startete am 21.04.09 bereits eine Waldspielgruppe, in der derzeit 6 Kinder an zwei Vormittagen betreut werden.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Information; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 4

Verschiedenes

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 5

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadträtin Warg-Portenlänger wies auf die Vandalismus-Vorkommnisse der letzten Tage am Klostersee und auf der Skateboard-Bahn hin. Sie regte an die Jugendlichen, die diese Einrichtungen nutzen wollen ohne sie zu zerstören, zu unterstützen und hierfür nach möglichen Lösungen zu suchen.

In Absprache mit Herrn Hölzer wurde für den 12.05.09 ein Treffen der Jugendsprecher der Fraktionen vereinbart, bei dem mögliche Angebote an die Jugendlichen gefunden werden sollen.

Stadträtin Bachmeier bat darum die bereits geplante Sprunggrube im Gelände der Schule Oberndorf jetzt zu bauen.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu diese Bitte an die zuständigen Mitarbeiter im Bauamt weiterzugeben.

Stadtrat Schedo erkundigte sich nach der Wiederbesetzung der Stelle der „Aufsuchenden Jugendarbeit“.

Herr Hölzer berichtete, dass bisher trotz umfangreicher Bemühungen noch keine Wiederbesetzung erfolgen konnte; der Markt für Sozialpädagogen sei derzeit leergefegt.

Es wurde angeregt, eine Stellenkombination mit anderen Gemeinden, die ebenfalls Bedarf in diesem Aufgabenbereich haben, zu überdenken.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.50 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.05 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin

